



SPD-KINDERFEST IN DER SÜD-WEST-STADT

Einladung:

Einladung:

Rund um den Roland

am Sa. 28. August, 15.00 Uhr
neuer Spielplatz

Bürgerzeitung der SPD Bad Bramstedt

Sommer 1999

24. Jahrgang

SPD-Landtagskandidatin kommt aus Bad Bramstedt

Gudrun Kockmann-Schadendorf kandidiert für die Wahl 2000

Bad Bramstedt. Mit großer Mehrheit ist die Bad Bramstedter SPD-Fraktionsvorsitzende Gudrun Kockmann-Schadendorf zur Kandidatin für die Landtagswahl im Jahr 2000 gewählt. Die Delegierten aus den SPD-Ortsvereinen des Wahlkreises Segeberg-West sprachen ihr im Mai in Bad Bramstedt das Vertrauen aus.

Damit ist es erstmals eine Sozialdemokratin aus der Rolandstadt, die sich um den Einzug in den Landtag bewirbt.

Im letzten Jahr waren vier BewerberInnen gestartet, von denen zwei nach kurzer Zeit ihre Bewerbung zurückzogen.

So traten im „Kaisersaal“ die verbliebenen Kandidatinnen an und stellten sich den Delegierten vor.

Die Bad Bramstedterin konnte auf ihre erfolgreiche Tätigkeit seit 1990 in der Kommunalpolitik verweisen. Ihre Schwerpunkte setzte sie dabei in der Finanz- und der Sozialpolitik. Doch auch mit kritischer Distanz zu manchen Vorhaben und Ansichten der Landesregierung hielt sie nicht zu zurück. Sie erinnerte dabei an den Kampf für die Erhaltung des Bad Bramstedter Amtsgerichtes, in den sie sich stark eingebracht habe, der aber letztlich ohne Erfolg geblieben war.

In der Schulpolitik hatte sie manch kritische Bemerkung zu Vorhaben und Erlassen aus der Vergangenheit parat. Gleichzeitig drückte sie aber ihre Hoffnung aus, daß



unter der neuen Ministerin Ute Erdsiek-Rave eine Beruhigung eintreten werde.

Sie will sich in diesen Bereichen besonders in die Landespolitik einbringen. Außerdem meint sie, daß der Kreis Segeberg-West nach vier Jahren Pause wieder durch eine Sozialdemokratin in Kiel vertreten gehört. Sie wisse, daß dieser Wahlkreis für die SPD schwer zurückzuholen sei, doch das schrecke sie nicht - sie werde sich dafür voll engagieren und bat um die Unterstützung der Ortsvereine.

In der Abstimmung konnte Gudrun Kockmann-Schadendorf rund zwei Drittel der Stimmen für sich gewinnen.

weiter letzte Seite: Lebenslauf

Vogtei knapp „gerettet“

oder: .. und Bumm, fiel die
F.D.P. wieder um.

Das Gebäude Bleeck 4, die alte Kirchspielvogtei soll nun mit der Fassade erhalten bleiben. Diesen Kompromiß fand jüngst der Bauausschuß.

Noch zuvor waren SPD, Grüne und F.D.P. für den vollständigen Erhalt eingetreten (CDU wollte den Abbruch). Doch auf der Sitzung wollte sich die F.D.P. auf einmal mit dem Erhalt der Straßenansichten begnügen, so daß aufgrund der Mehrheitsverhältnisse dieser Vorschlag die Mehrheit vor dem totalen Abbruch fand. Einmal mehr ein Beispiel für die Unberechenbarkeit der Aussagen der Bramstedter Liberalen und außerdem ein Schlag ins Gesicht für alle, die an dem Erhalt der letzten historisch bedeutsamen Gebäude in Bad Bramstedt interessiert sind.

So wird wieder ein Stück Stadtgeschichte (immerhin wurden in dem Haus die Bruchstücke des Rolandes bis 1827 vom Kirchspielvogt Cirsovius verwahrt) der Moderne geopfert, obwohl doch diese Moderne für Bad Bramstedts Zentrum noch nicht viel Gutes hervorgebracht hat. Wir waren mit dem Bewußtsein für den Erhalt historischer Gebäude Anfang der 80er schon einmal weiter - auch die F.D.P.

Jan-Uwe Schadendorf

Impressum:

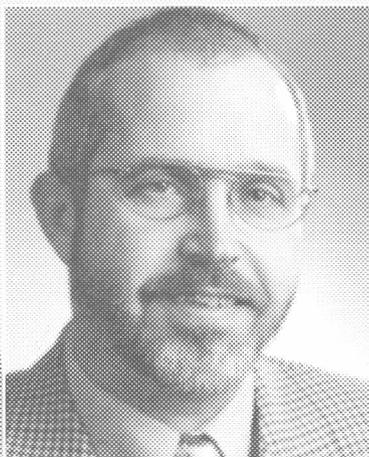
Herausgeber: SPD Bad Bramstedt.
V.i.S.d.P.: Bodo Clausen, Holsatenallee
15 e, 24576 Bad Bramstedt.

Auflage: ca. 5.500 Exemplare

Kur- und Erholungsstadt Bad Bramstedt und die A 20 - verträgt sich das ?

SPD Bad Bramstedt fordert kritische Prüfung der Planungen

Bad Bramstedt. Die Sozialdemokraten der Rolandstadt fordern in einem Beschluß aus ihrer letzten Mitgliederversammlung, die wirtschaftlich sinnvollste Lösung für den Bau der A 20, nämlich die sogenannte Variante III, zu bauen und damit die Absicht, die Variante I - nördlich von Bad Bramstedt - zu realisieren, fallen zu lassen.



Mitte Juni trafen die SPD-Mitglieder im „Kaisersaal“ zu einer öffentlichen Mitgliederversammlung zusammen. Ortsvorsitzender **Bodo Clausen** bedauerte, daß keine Nichtmitglieder den Weg zu dieser Veranstaltung fanden und so wichtige und frühzeitige Informationen zur A 20 versäumten.

Die Fraktionsvorsitzende **Gudrun Kockmann-Schadendorf** trug die Thematik anhand eines Gutachtens der Gutachtergruppe A 20 aus dem Februar 1998 vor. Sie stellte die drei bzw. vier Varianten vor, die als Arbeitsgrundlage für weitere Untersuchungen dienen sollen.

Die **Variante I** wird nördlich Hasenmoor von der B 206 abknicken und über Bimöhlen nördlich an Bad Bramstedt (etwa auf der Trasse der geplanten Ortsumgehung der B 206) vorbeilaufen, um dann über Hitzhusener Gebiet zu gehen und etwa bei Förden-Barl die B 206 zu queren, um Richtung auf die Elbe bei Glückstadt zu nehmen.

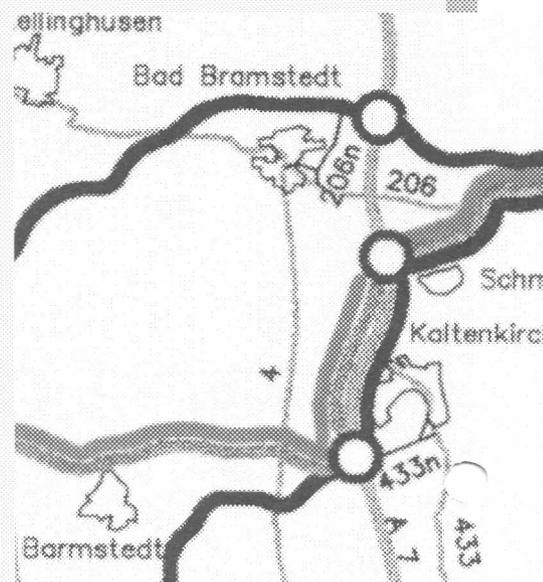
Diese Variante wird derzeit im Land sowohl von Regierung wie Opposition bevorzugt, da sie zur besseren Erschließung der Westküste dienen soll. Sie ist zugleich die einzige Trasse, die die Region Bad Bramstedt trifft.

Die **Varianten II und III** knicken vor Hasenmoor südlich ab, um nördlich Schmalfeld an die A 7 zu stoßen. Dort wird der Weg bis hinter Kaltenkirchen auf der A 7 fortgesetzt, um dann nördlich Alveslohe abzuknicken und dann zum einen bei Stade-Bützfleth (II) bzw. bei Hetlingen (III) unter die Elbe zu gehen.

Die Gutachter diverser Fachrichtungen beleuchteten die Varianten unter Umweltaspekten ebenso wie mit Baukosten und verkehrstechnischer Wirkung. Auch wurde die Wirtschaftlichkeit für eine Privatfinanzierung der Maßnahme untersucht. Sie kommen im Ergebnis zu der Aussage: „Die Bewertung nach den Wirkungen in den Bereichen Umwelt und Städtebau, Raumordnung, Verkehr und Gesamtwirtschaft ergibt in jedem dieser Wirkungsbereiche eindeutige Vorteile für die Variante III, Auch wenn schwerwiegende Eingriffe im Bereich Umwelt verursacht werden, ist Variante III die im Vergleich mit den übrigen Varianten zu bevorzugende Lösung.“

Die eindeutige Stellungnahme zum einen und die Betroffenheit des Kurortes Bad Bramstedt zum anderen veranlaßte die versammelten SPD-Mitglieder einen Antrag zu verabschieden, der die Landesregierung auffordert, die von den Gutachtern bevorzugte Lösung zu realisieren. Sie spare nicht nur dem Steuerzahler 800 Mio. DM Baukosten bzw. 1,3 Mrd. DM Anschubfinanzierung, sondern sei auch die verkehrstechnisch günstige Lösung, da nur sie verspreche, die A7 wesentlich zu entlasten.

Die Versammlung hegte heftige Zweifel an der Erwartung, daß es mit der



Die Trassenführung um Bad Bramstedt: Variante I im Norden; Varianten I.1, II und III führen auf die A 7 bei Schmalfeld

hamburg-fernen Variante I gelingen könne, die Westküste wirtschaftlich zu beleben.

Das gelte erst einmal zu beweisen, bevor man von der gutachterlichen Empfehlung abweichen wolle, hieß es aus der Versammlung.

Bad Bramstedts Sozialdemokraten verlangen dazu konkrete Fakten.

Und die Meinung anderer Parteien:

Laut Segeberger Zeitung haben sich der Oppositionsführer der CDU im Landtag und der aus Bonn importierte Spitzenkandidat zur Landtagswahl beide für die hamburgferne Lösung (also Variante I) ausgesprochen.

Die CDU-Landtagsabgeordnete des Kreises zog derweil über einige Orte und verkündete (lt. Segeberger Zeitung) in Bimöhlen, daß man sich noch keine Gedanken machen möge, es dauere ja alles noch Jahre. - Was soll das sein? Ein Vertrösten bis ihr Heimatort Alveslohe aus dem Schneider ist, oder keine konkrete Meinung zu dem Thema A 20.

Zitate aus dem Gutachten:

Bad Bramstedt (Variante I):

Eine südliche Umgehung ist wegen des Kurgebietes und der großen Wald- und Niederungskomplexe von Ohlau und Schmalfelder Au ausgeschlossen. Eine nördliche Trassenführung ist allerdings mit erheblichen Konflikten bei den Querungen der Talräume von Osterau und Bramau verbunden.

Variante III hat sowohl die geringsten Gesamtkosten (2,05 Mrd. DM) als auch die geringsten längenbezogenen Kosten (17,8 Mio. DM/km Neubaulänge).

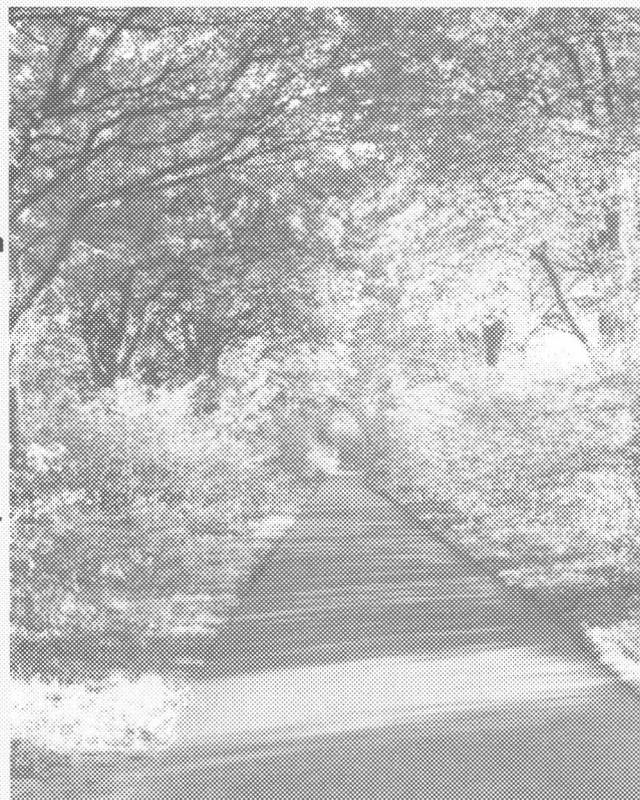
Variante III ist aufgrund ihrer hohen Verkehrsbelastungen im Tunnel die einzige Variante, die unter realistischen Annahmen für eine Privatfinanzierung geeignet erscheint. ... Alle anderen Varianten kommen für einen privaten Betreiber erst mit einer volkswirtschaftlich nicht sinnvollen 60%-igen Anschubfinanzierung in einen Bereich mit ausreichender Rendite.

Variante III ist unter Umweltaspekten zu bevorzugen. ... Auch die Stelle der Elbquerung ist als relativ günstige einzuschätzen, da sie vergleichsweise geringe Beeinträchtigungen mit sich bringt.

Variante I ist wegen der Elbquerung bei Drochtersen die aus Umweltsicht ungünstigste Lösung.

... Personenverkehr ... Nach diesen Kriterien schneidet die Variante III am besten ab. ... Güterverkehr ... Auch hier ergeben sich die größten Vorteile für Variante III.

Aus gutachterlicher Sicht wird empfohlen, der weiteren Planung Variante III zugrunde zu legen.



Bad Bramstedts Norden Richtung Gayen - von der Planung schwer betroffen

A 20 in Zahlen: (für Schleswig-Holstein und Niedersachsen)

Kostenübersicht (1.1.1997):

	Variante I	Variante I.1	Variante II	Variante III
Gesamtkosten (Mio. DM)	2.844	2.434	2.703	2.055
davon Tunnel (Mio. DM)	623	623	666	461
Gesamtlänge (km)	159,2	151,2	157,6	130,7
davon Neubaulänge (km)	159,2	131,8	148,4	115,2
davon Tunnellänge (km)	4,1	4,1	4,7	3,1
Nutzen-Kosten-Verhältnis	3,8	4,4	4,7	7,3
Anschubfinanzierung bei Privatbau erforderlich	60 % =	k.A.	k.A.	20 %
= bzw. in Mio. DM	1.700			400

Kfz in 24 Stunden an der Elbquerung

Unsere Kandidatin für den Landtag: Gudrun Kockmann-Schadendorf

persönliche Daten:

46 Jahre alt
gelernte Bankkauffrau
verheiratet, 3 Kinder
wohnhaft: Bad Bramstedt, Am Kapellenhof 3 a
erreichbar: Telefon: 04192-1554
 Telefax: 04192-814229

politischer Weg:

1.2.1978 Eintritt in die SPD; Ortsverein Hamburg-Langenhorn-Süd
 Mitarbeit in Kulturausschuß und der Frauengruppe

ab 1989 aktiv im Ortsverein Bad Bramstedt

März 1990 Wahl in die Stadtverordnetenversammlung

3/1990 - 3/1996 stellvertretende Fraktionsvorsitzende

seit 1990 Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen,
 öffentliche Einrichtungen, Wirtschaft und Tourismus

1990 - 1994 stellv. Vorsitzende des Bauausschusses

1994 - 1996 stellv. Bürgervorsteherin

1994 - 1998 Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend und
 Gleichstellung

1994 - 1998 Kuratoriumsmitglied des AWO-Kindergartens

seit 1990 Mitglied der Schulverbandsvertretung

1990 - 1998 Mitglied des Schulverbandsvorstandes

seit 3/1996 Fraktionsvorsitzende

ab 1996 Mitglied des OV-Vorstandes
 Mitglied des Sonderausschusses zur Gründung eigener
 Stadtwerke

seit 1998 Mitglied des Hauptausschusses

seit 1998 Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Bad Bramstedt GmbH

seit 1998 Mitglied der Gesellschafterversammlung der
 Wirtschaftsbetriebe Bad Bramstedt

 diverse Male Delegierte zu Kreis- und Landesparteitagen

Mai 1999 Wahl zur Landtagskandidatin



*Liebe Gudrun,
ich wünsche Dir viel Glück und Erfolg.
Ich freue mich sehr, daß Du die Wahl zur Landtagskand-
idatin für den Wahlkreis Segeberg-West für unsere Par-
tei gewonnen hast. Du weißt selbst, daß eine große Auf-
gabe mit viel Anstrengungen vor Dir steht, diesen Wahl-
kreis zu gewinnen. Doch es ist möglich, wie ich selbst bei
der Bundestagswahl im Kreis Segeberg-Stormarn erfahren
durfte.*

*Ich habe Dich stets als zielstrebige und bürgernahe Politi-
kerin kennengelernt. Deine schnelle Auffassungsgabe, Deine
Schlagfertigkeit und Deine fehlende Angst vor „großen Tieren“ werden Dir in den
nächsten Wochen und Monaten helfen, diese Aufgabe beherzt anzugehen. Du wirst es
schaffen.*

Dein Franz Thömmes
SPD-Landesvorsitzender und MdB



Gudrun Kockmann-Schadendorf im Gespräch mit
Finanzminister Claus Möller

SPD spendet für betreute Grund- schule am Bahnhof

Bad Bramstedt. Der SPD-Ortsverein war auch in diesem Jahr mit einem Informationsstand auf dem Flohmarkt des Betriebssportverbandes „Rund um das Rathaus“ vertreten.. Politisch wurde für die Europawahl geworben.

Wie in jedem Jahr wurden die Flohmarktbesucher mit frisch gebackenen Pfortchen und Kaffee versorgt. Dabei kam diesmal ein Erlös von über 500 DM zusammen. Diese schöne Summe wird in diesem Jahr als Spende an die betreute Grundschule am Bahnhof gehen, die damit ihre Ausstattung verbessern kann, teilte Ortsvereinsschatzmeister Wolfgang Giehl mit.



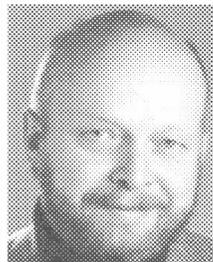
Wolfgang Giehl
Stadtverordneter und
Schatzmeister der
SPD Bad Bramstedt

Kaffee und Kuchen für Grund- schule Maienbeeck

Bad Bramstedt. Die SPD Bad Bramstedt wird am 15. August auf dem alljährlichen Flohmarkt des Bürger- und Verkehrsvereins mit einem Info-Stand vertreten sein, um zu kommunalpolitischen Themen zu informieren.

An dem Stand wird ferner Kaffee und Kuchen verkauft werden.

Der Erlös wird in diesem Jahr der Grundschule am Maienbeeck übergeben werden für deren Gestaltung des Schulhofes. Die SPD hofft, eine schöne Summe zusammenzubekommen, erklärte der stv. Ortsver-
einsvorsitzende Klaus Märker.



Klaus Märker
Stadtverordneter und
stv. Vorsitzender der
SPD Bad Bramstedt

Alte und Junge sind aufeinander angewiesen.

Deshalb will die Bundesregierung die Altersvorsorge auf eine sichere Grundlage stellen-
für die Rentner von heute und für die Rentner von morgen

Was in der Ära Kohl mit den Renten geschehen ist, können Sie in dem Kästchen rechts lesen, was die neue Regierung getan hat und sich vornimmt, lesen Sie hier:

1998 Die neue Bundesregierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen setzt das Rentenreformgesetz der Vorgängerregierung aus.
Das Rentenniveau soll bis 2030 nur noch auf 67 (statt 64 %) Prozent gesenkt werden.

Die Bundesregierung will die Altersversorgung auf eine dauerhafte sichere Grundlage stellen:

Für die, die Rente beziehen, für die, die bald in den Ruhestand gehen und für die, die noch Mitten im Arbeitsleben stehen.

Die heutige Rentnergeneration hat ein Anrecht auf ihre hart erarbeiteten Renten. Aber auch ihre Kinder und Enkel sollen im Alter ausreichend abgesichert sein.

Die Kohl-Regierung hat es in den letzten 16 Jahren versäumt, die Aufgaben anzupacken, obwohl die Probleme absehbar waren:

In Deutschland hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung innerhalb der letzten 100 Jahre verdoppelt.

Im Jahr 2030 werden einer 60jährigen oder älteren Person nur noch etwa 1,3 Personen im Alter von 20-60 Jahren gegenüberstehen.

Das will die Bundesregierung:

Die Renten steigen, in diesem Jahr und auch in den nächsten Jahren!

1999 liegt der Rentenanstieg zum ersten Mal seit 1994 wieder über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten:

1,34 % in West- und 2,79 % in Ostdeutschland. (Übrigens: Nach den Beschlüssen der Kohlregierung wären dies in 1999 nur 0,82 % bzw. 2,27 % gewesen).

In den Jahren 2000 und 2001 wird sich der Rentenanstieg vorübergehend nicht an der Nettolohnentwicklung sondern an der Inflationsrate orientieren. Für 2000 ist ein Anstieg von 0,7 Prozent vorgesehen, für 2001 von 1,6 Prozent.

Ab dem Jahr 2002 werden wieder wie die verfügbaren Einkommen steigen.

Lassen Sie sich nicht von denjenigen verunsichern, die nach 16 Jahren einen Riesenschuldenberg und eine Rekordarbeitslosigkeit hinterlassen haben.

Das hieße den Bock zum Gärtner machen.

Die Rentenpolitik der CDU/FDP:

1982 Regierungsantritt von Helmut Kohl im Oktober

1983 Die am 1. Januar fällige Rentenerhöhung wird auf den 1. Juli verschoben, die Rentenanpassung halbiert. Die Rentner werden schrittweise an ihrer Krankenversicherung beteiligt.

1985 Die Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung wird erhöht.

1989 Die jährliche Rentenanpassung richtet sich nun nach den Netto- statt nach den Bruttolöhnen.

Die Altersgrenze wird auf 65 Jahre heraufgesetzt. Für Frauen und Arbeitslose soll die Altersgrenze ab 2001 stufenweise auf 65 Jahre steigen.

Wer früher in Rente geht, muß auf einen Teil seiner Rente verzichten.

Die Anrechnung der Ausbildungszeiten wird von 13 auf 7 Jahre verringert.

1997 Die 1989 beschlossene Anhebung der Altersgrenze wird auf das Jahr 2000 vorgezogen.

Die Anrechnung der Ausbildungszeit wird von 7 auf 3 Jahre verringert.

Das Rentenreformgesetz 1999 wird beschlossen. Danach soll das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 von jetzt durchschnittlich 70 Prozent des ehemaligen Nettoeinkommens **auf 64 Prozent gesenkt** werden.

Das Rentenreformgesetz sollte zum 1. Januar 1999 in Kraft treten.

Unter der
Kohl-Regierung lag der
Rentenanstieg in sechs
Jahren fünf Mal unter der
Preisstiegrate.